

NATO sieht Energie-Konflikt ursächlich für Ukraine-Krieg und Krim-Krise

Von Henrik Paulitz

In einer Länderanalyse der Akademie Bergstraße wurden die energiewirtschaftlichen Hintergründe des Regime-Change in Kiew, des Ostukraine-Krieges und der Krim-Krise untersucht. Veröffentlichungen der NATO führen die Geschehnisse in der Ukraine ebenfalls ursächlich auf den Energiekonflikt zurück. Das zeigt, dass der von der Akademie Bergstraße entwickelte Ansatz einer „deskriptiven, ökonomisch-orientierten Friedens- und Konfliktforschung“ geeignet ist, Kriegsursachen zu erforschen.

Überhöhter Gaspreis für Gazprom

„Kriegstreiber Energiekonzerne? - Energiewirtschaftliche Weichenstellungen im Ukraine-Krieg“ lautet der Titel der Länderanalyse von Henrik Paulitz (Akademie Bergstraße) vom Juli 2015.¹ Die Untersuchung nimmt die 2009 von der damaligen Ministerpräsidentin und Energiemanagerin Julija Tymoschenko unterzeichneten Gaslieferverträge mit Russland zum Ausgangspunkt. Seitdem stand die Ukraine massiv unter Druck: Der Gazprom massiv begünstigende Vertrag sah die Lieferung von russischem Erdgas zu weit überhöhten Preisen und in nicht erforderlicher Menge vor. Der zu zahlende Preis lag weit über dem, den deutsche oder polnische Importeure zahlen mussten.

Nach jahrelangen Verhandlungen, in denen die Nachfolgeregierung der Ukraine vergeblich versuchte, zu tragfähigen Konditionen zu kommen, entschied das Land schließlich, sich zunehmend selbst mit Erdgas zu versorgen und anstelle von Erdgas verstärkt wieder Kohlekraftwerke zur Stromerzeugung zu nutzen. Das Land war um das Jahr 2012 auf dem besten Weg, seine Erdgasimporte zu halbieren, was für Gazprom natürlich gewaltige Gewinneinbußen bedeutet hätten.

Hinter Gazprom steht bekanntermaßen der russische Staat; mit fast 27 % der Anteile ist aber auch die Bank of New York Mellon, eins der mächtigsten Geldhäuser der Welt, an Gazprom beteiligt.²

¹ Henrik Paulitz: Kriegstreiber Energiekonzerne? Energiewirtschaftliche Weichenstellungen im Ukraine-Krieg. Lunapark21. 30/2015. Juli 2015. S. 58-61. – Vgl. auch: Henrik Paulitz: Zwischen zwei Seiten zerrieben. Energiepolitische Hintergründe des Ukraine-Krieges und der Krim-Krise. anti atom aktuell 249/2015. April 2015. S. 8-11.

² Wikipedia: Gazprom. <https://de.wikipedia.org/wiki/Gazprom> (23.11.2014).

Regime-Change – EU-Gelder für Gazprom

Der Druck auf die ukrainische Regierung wurde schrittweise massiv erhöht, bis es schließlich im Februar 2014 zum gewaltsamen Regime-Change kam. Es folgten ein Krieg in der Ostukraine und die so genannte Krim-Krise.

Auf Druck des IWF sollte der Öl- und Gassektor privatisiert, die Erdgas-Preise für die Bevölkerung sollten massiv erhöht werden. Die EU wollte Geld in das Land pumpen, damit die Ukraine ihre „Schulden“ bei Gazprom bezahlen könnte. Zugleich kündigte der Gaskonzern an, den zwischenzeitlich abgesenkten Erdgaspreis wieder drastisch erhöhen zu wollen.

Zerstörungen im Ostukraine-Krieg

Im Ostukrainekrieg ab 2014 wurden systematisch Kohlebergwerke im Donbass zerstört und außer Betrieb gesetzt, so dass die Ukraine ihre Kraftwerke nicht im geplanten Umfang zur Stromerzeugung mit eigener Kohle befeuern konnte. Das Land, eigentlich ein Netto-Stromexporteur, musste ab Dezember 2014 Strom aus Russland importieren. Außerdem sah sich die Ukraine, einst ein großer Kohlelieferant in der Sowjetunion, gezwungen, Kohle aus Russland, den USA und aus Südafrika zu hohen Preisen einzuführen.

Krim-Krise

Im Zuge der Krim-Krise erlitt die Strategie, sich in erheblichem Umfang mit Erdgas selbst zu versorgen, einen substanziellen Rückschlag. Sofort nach der Angliederung der Krim an Russland wurde das dort ansässige ukrainische Erdgas-Förderunternehmen Tschernomorneftegas „nationalisiert“ und somit der Verfügungsgewalt der Ukraine entzogen. Die geplante Ausweitung der Erdgasförderung der Ukraine im Schwarzen Meer war nicht mehr durchführbar, Royal Dutch Shell und ExxonMobil stoppten ihre „ukrainischen“ Erdgasprojekte. Die Geschehnisse auf der Krim wurden von diversen Militärmärschen begleitet.

Es zeigt sich, dass die langjährige Krise und der Krieg in der Ukraine von massiven energiewirtschaftlichen Interessen durchdrungen sind. Der ehemalige Energielieferant der Sowjetunion wurde zum hoch verschuldeten Energieimporteur, ein erheblicher Teil der Energieversorgungsstruktur wurde im Krieg zerstört oder geraubt. Der Versuch des souveränen Staates, eine selbstbestimmte Energiepolitik zu realisieren, war gescheitert.³

NATO: Krim-Krise von Energiepolitik getrieben

Die NATO kam zu ganz ähnlichen Ergebnissen. Unter dem Titel “The energy dimensions of Russia’s annexation of Crimea” analysierte sie die so genannte Krim-Krise. Die angestrebte Energie-Unabhängigkeit der Ukraine, das Bemühen, die Erdgas-Abhängigkeit von Russland zu reduzieren, und die Gas-Diversifizierungsstrategie seien „infolge der russischen Annexion der Halbinsel Krim undurchführbar geworden“, schreibt die NATO. Zuvor hätte es die Regierung von Wiktor Yanukovych geschafft, die Gasimporte aus Russland von 45 Milliarden Kubikmeter (bcm) in 2011 auf nur noch 28 bcm in 2013 zu verringern. „Der ursprüngliche Plan bestand darin, bis 2020 die Gasimporte aus Russland zu beenden.“

Nach Darstellung der NATO war das eine wesentliche Ursache für die Annexion der Krim: Diese sei „sehr stark von dem Bemühen getrieben gewesen, die Energie- und Gas-Diversifizierungsstrategie der Ukraine zu unterminieren.“ Die neue Regierung der Krim hätte es Gazprom überlassen, die Energie-

³ Belege für die vorstehend getroffenen Aussagen finden sich in dem Artikel „Kriegstreiber Energiekonzerne?“.

ressourcen der Halbinsel zu bewirtschaften. Es sei zur Nationalisierung von Energieunternehmen durch Gazprom gekommen.⁴

NATO: Rückschlag für Hoffnung auf Energie-Unabhängigkeit

Ebenso beschäftigte sich das in Rom ansässige NATO Defense College mit dem Thema. In einem Research Paper mit dem Titel „Energy as a Tool of Hybrid Warfare“ heißt es, durch den Verlust der Kontrolle über die Donbas-Region sei die Energie-Importabhängigkeit der Ukraine gestiegen.

Der Verlust der Öl- und Gasfördermöglichkeiten im Schwarzen Meer sei für die Ukraine „ein herber Rückschlag für ihre wirtschaftliche Zukunft und ihre Hoffnung auf Energie-Unabhängigkeit“.⁵

Fazit

Es erscheint dringend geboten, eine öffentliche Debatte über die energiepolitischen Motive des Regime-Change in Kiew, des Ostukraine-Krieges und der Krim-Krise zu führen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Länder wegen ihrer energiepolitischen Entscheidungen mit Krieg bedroht werden.

⁴ NATO BRIEF magazin: The energy dimensions of Russia's annexation of Crimea. Dr. Frank Umbach. 2015. <http://www.nato.int/docu/review/2014/NATO-Energy-security-running-on-empty/Ukraine-energy-independence-gas-dependence-on-Russia/DE/index.htm> (25.06.2016).

⁵ NATO Defense College: Energy as a Tool of Hybrid Warfare. Research Paper. No. 113. April 2015. Rome. S. 2 f.